

Drucksache Nr.:
11232-08-E2

An den
Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschus-
ses

04.03.2008

Gemeins. Stellungnahme zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	TOP-Nr.:
öffentlich	2.2.1
Gremium:	Beratungstermin:
Haupt- und Finanzausschuss	06.03.2008

Tagesordnungspunkt

Doppelhaushalt 2008/2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen zu og. TOP folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss stellt fest, dass die Bezirksregierung Arnsberg im Rahmen des Anzeigeverfahrens zum Doppelhaushalt 2008/2009 die in den Haushaltsbegleitbeschlüssen vorgesehene Haushaltssperre nicht gewürdigt hat. Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten, inwieweit der Bezirksregierung mitgeteilt wurde, dass unzweifelhaft bestehenden Haushaltsrisiken durch eine Haushaltssperre für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 begegnet werden sollen. Ist die Bezirksregierung darauf eingegangen?
2. Inwieweit werden die in der Verfügung vom 18.02.08 der Bezirksregierung Arnsberg unter Punkt I gemachten Aussagen geteilt und wenn ja, waren die vorgetragenen Sachverhalte zum Zeitpunkt der abschließenden Hausberatungsberatungen (13.12.2007) bekannt.
3. Der Verfassungsgerichtshof NRW hat festgestellt, dass die Landesregierung die Kommunen über Gebühr zur Finanzierung des Aufbaus Ost herangezogen hat. Rund 450 Mio. € sind den kommunalen Haushalten jeweils für die Haushaltsjahre 2006, 2007 und 2008 zurück zu erstatten. In einer ersten Reaktion hat das Landesfinanzmi-

nisterium für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 einen ersten Abschlag in Höhe von 500 Mio. € bereitgestellt. Der für Dortmund vorgesehene Abschlag in Höhe von 24,5 Mio. € wurde als Forderung für das Haushaltsjahr 2007 verbucht und wird kassenwirksam in 2008 vereinnahmt. Die Kämmerei wird um Auskunft gebeten darzustellen, wann und in welcher Höhe weitere Teilbeträge erwartet werden.

4. In der November-Sitzung des HFA wurden seitens der Kämmerei ausgeführt, dass die Anfang 2007 erlassene Haushaltssperre zu Einsparungen in Höhe von 48 Mio. € geführt hat. Der Ausschuss bittet die Verwaltung darzulegen, wie hoch die Einsparungen durch Bewirtschaftung zum jetzigen Zeitpunkt geschätzt werden und von welchem künftigen Einsparpotenzial ausgegangen werden kann?
5. Im Zusammenhang mit den Diskussionen zur Unternehmenssteuerreform sind die Gewerbesteuervorauszahlungen rückläufig gegenüber den ursprünglichen Planansätzen (Gewerbesteuereinnahmen: 252 statt 300 Mio. € in 2007). Inwieweit können die in den Haushaltspläne 2008/2009 veranschlagten Gewerbesteuereinnahmen aufrecht erhalten werden.
6. Inwieweit gibt es im Zusammenhang mit der Jahresrechnung 2007 für das Klinikum Dortmund gGmbH einen erneuten Handlungsbedarf für weitere kapital verstärkende Maßnahmen und welche Konsequenzen hat die Verzögerung des Anzeigenverfahren speziell für die Realisierung der im Zukunftsabkommen geplanten Konsolidierungsmaßnahmen?
7. Der Ausschuss bitte die Verwaltung um eine Stellungnahme zu sonstigen Auswirkungen der Verzögerung des Anzeigeverfahrens des Doppelhaushaltes 2008 und 2009. Welche Beschlüsse können nicht umgesetzt bzw. welche Projekte nicht begonnen werden? Ist die Bezirksregierung auf die möglichen Folgewirkungen z.B. für das Klinikum hingewiesen worden und hat sie dazu Stellung bezogen?

Mit freundlichen Grüßen

SPD Fraktion im Rat
der Stadt Dortmund

gez. Ernst Prüsse

f.d.R. Christian Uhr

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNE im Rat
der Stadt Dortmund

gez. Mario Krüger

f.d.R. Petra Kesper